

01.07.2026

Landtag von Niederösterreich

Landtagsdirektion

Eing.: 01.07.2026

Ltg.-1025-5/XX-2026

RESOLUTIONSANTRAG

der Abgeordneten Hauer und Punz, BA

zu Gruppe 4 des Voranschlages des Landes Niederösterreich für die Jahre 2027 und 2028, Ltg.-1025/XX-2026

betreffend **Langfristige Absicherung der Pflegefinanzierung sicherstellen**

Die demografische Entwicklung stellt das österreichische Pflegesystem vor große Herausforderungen. Die Menschen werden immer älter, die Zahl der Pflegebedürftigen steigt kontinuierlich an und gleichzeitig wächst der Bedarf an qualifizierten Pflege- und Betreuungskräften. Diese Entwicklung erfordert ein langfristig abgesichertes, leistungsfähiges und sozial ausgewogenes Pflegesystem.

Niederösterreich verfolgt seit vielen Jahren konsequent den Grundsatz „Daheim vor stationär“. Bereits heute werden nahezu 90 Prozent der pflegebedürftigen Menschen in ihrem gewohnten Umfeld betreut – durch Angehörige, mobile Dienste sowie ergänzende Unterstützungsangebote. Gerade in einem Flächenbundesland wie Niederösterreich kommt einem modernen, breit aufgestellten Pflegesystem daher besondere Bedeutung zu.

Mit der „NÖ Betreuungs- und Pflegestrategie 2025+“ setzt das Land Niederösterreich gezielte Maßnahmen, um den zukünftigen Herausforderungen zu begegnen. Bis zum Jahr 2030 werden rund 300 Millionen Euro in Aus-, Um- und Neubauten sowie die Modernisierung der Pflege- und Betreuungszentren investiert. Gleichzeitig werden neue Angebote wie „Seniorenwohnen+“, digitale Unterstützungssysteme und die Soziale Alltagsbegleitung konsequent weiterentwickelt.

Trotz dieser Maßnahmen wird deutlich, dass die Herausforderungen nicht von den Ländern allein bewältigt werden können. Die Finanzierung der Langzeitpflege zählt zu

den am stärksten wachsenden Ausgabenbereichen der kommenden Jahrzehnte und erfordert eine bundesweite Herangehensweise. Insbesondere der Pflegefonds des Bundes stellt ein unverzichtbares Instrument für die Finanzierung der mobilen, stationären und teilstationären Pflegeangebote dar. Gleichzeitig steigen die tatsächlichen Kosten wesentlich stärker als die derzeit bereitgestellten Mittel.

Vor diesem Hintergrund bedarf es einer langfristigen und bedarfsgerechten Absicherung der Pflegefinanzierung, um die Pflegeversorgung nachhaltig zu stärken und die Rahmenbedingungen für Pflegebedürftige, Angehörige und Pflegekräfte weiter zu verbessern. Daher soll der Bund aufgefordert werden den Pflegefonds langfristig abzusichern und weiterzuentwickeln.

Neben der Finanzierung ist vor allem auch der Abbau von Bürokratie und Hürden in der Verwaltung essenziell. Insbesondere bedarf es praxistauglicher und österreichweit einheitlicher Lösungen beim Einsatz von e-Card und e-Rezept, damit Pflegekräfte mehr Zeit für die Betreuung von Menschen und weniger Zeit für organisatorische Tätigkeiten aufwenden müssen. Darüber hinaus gilt es, die 24-Stunden-Betreuung weiterzuentwickeln, bestehende Fördermodelle an die aktuellen Entwicklungen anzupassen.

Die Gefertigten stellen daher folgenden

A n t r a g:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Die NÖ Landesregierung wird ersucht, an die Bundesregierung heranzutreten und diese aufzufordern

1. die Pflegefinanzierung langfristig und nachhaltig abzusichern;
2. den Pflegefonds über das Jahr 2028 hinaus bedarfsgerecht weiterzuentwickeln;
3. Maßnahmen zum Abbau bürokratischer Hürden im Pflegebereich zu setzen sowie

4. die Rahmenbedingungen der 24-Stunden-Betreuung weiterzuentwickeln“.